

- diesseits —

Das humanistische Magazin

www.diesseits.de

Einsamkeit im Alter

Elke Schilling will mit dem *Silbernetz* helfen s. 29

Tradition unter Druck

Jugendfeiern/-weihen zwischen Stigma und kirchlicher Konkurrenz s. 45

Frauenbewegung

„Heraus zum 8. März!“ ruft ein neues Infoportal im Netz s. 67



Wer regiert die Welt?

Entweder gelingt die dritte demokratische Transformation – oder die Welt verharrt in den inhumanen Kämpfen der nationalistischen und kapitalistischen Kräfte.

Titelthema ab S. 10



Die dritte demokratische Transformation

Für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Weltzivilisation ist ein evolutionärer Sprung zu einer föderalen Weltrepublik erforderlich. Im Mittelpunkt dieses Projekts steht der Aufbau eines demokratischen Weltparlaments.

Von Andreas Bummel

Die Idee eines Weltparlaments wurde während der französischen Revolution geboren. Ausgehend von Frankreich sollten sich die Bevölkerungen in Europa und in der Welt gegen ihre Feudalherren und Monarchen erheben und sich in einer demokratischen Weltrepublik vereinen. Aus den Menschenrechten ergebe sich die „solidarische und unteilbare Souveränität“ der gesamten Menschheit argumentierte der kosmopolitische Revolutionär Anacharsis Cloots. Statt dessen setzte sich Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus durch.

Anfangs war Souveränität ein persönliches Merkmal der feudalen Herrscher. Im Zuge der französischen Revolution verwandelte sie sich in die Souveränität des Volkes nach innen und in die des modernen Staates nach außen. Der republikanische Staat trat so das Erbe der Monarchien an und ebnete den Weg in das nationalistische Zeitalter. Demgegenüber ist die Idee eines Weltparlaments mit dem Ziel eines globalen Einigungsprozesses und der

demokratischen Selbstverwirklichung der Menschheit verknüpft. Ausgangspunkt sind die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die konsequenterweise nicht an staatlichen Grenzen halt machen können.

Dass alle Menschen gleichberechtigte Mitglieder einer weltumspannenden Menschheitsfamilie sind ist ein Gedanke, der sich schon vor mehr als zweitausend Jahren im antiken Griechenland, bei Konfuzius oder in den Upanishaden findet.

Das Weltparlament ist die politische Institution, in der alle Weltbürger durch von ihnen direkt gewählte Abgeordnete vertreten werden. Seine Aufgabe ist es, über das bestmögliche Wohlergehen aller Menschen und ihr gemeinsames Interesse zu wachen.

In dieser Idee setzt sich das politische Programm der Aufklärung als Streben nach Emanzipation, Demokratie, Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und Frieden in einer planetaren Dimension fort.



Andreas Bummel, Leiter der internationalen Kampagne für eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen.

Es geht darum, die nationalstaatliche Einhegung der Menschen zu überwinden, das Regieren und die Demokratie dort, wo es sinnvoll ist, in globale staatliche Strukturen einzubetten sowie den Sprung vom zwischenstaatlichen Völkerrecht zu einem kosmopolitischen Weltrecht zu schaffen.

Ein integriertes Weltsystem

Obwohl die Idee eines Weltparlaments Jahrhunderte zurückreicht, ist sie heute aktueller und drängender als je zuvor.

Durch die Erosion der mit dem Nationalstaat verbundenen Institutionen und Systeme im Zuge der Globalisierung wächst der Zweifel daran, ob der Nationalstaat und die zwischenstaatliche Völkerrechtsordnung tatsächlich das letzte Wort in der zehntausendjährigen Entwicklung der Menschheit gewesen sein können.

Die globale Industrialisierung und Modernisierung hat ein einziges integriertes Weltsystem hervorgebracht, das sich über den gesamten Globus erstreckt. Finanzströme und Wirtschaftskonzerne kennen keine nationalstaatliche Bindung. Entwicklungs- und Produktionsprozesse sind global vernetzt. Sozialwissenschaftler sprechen von der Entstehung einer transnationalen Elite, die aus den Eigentümern und oberen Führungskräften transnationaler Unternehmen besteht und von führenden Beamten, Politikern, Wissenschaftlern und Medienvertretern unterstützt werde, um gemeinsame wirtschaftliche Interessen umzusetzen.

Zugleich ist die Menschheit zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden. Die Gefahren eines Atomkrieges, globaler Pandemien, der Umweltzerstörung oder des Klimawandels betreffen alle. Noch immer sind zweitausend Nuklearsprengköpfe auf Raketen montiert und innerhalb von Minuten abschussbereit. Die Bemühungen zu nuklearer und konventioneller Abrüstung kommen kaum voran. Durch menschliche Einflüsse könnten die Klimaprozesse unseres Planeten in einen lebensfeindlicheren Zustand kippen. Am deutlichsten wird dies am ungebremsen Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre durch die Nutzung fossiler Brennstoffe, der mit einem globalen Temperaturanstieg einhergeht. Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit ist der CO₂-Gehalt bisher um mehr als ein Drittel gestiegen und liegt damit höher, als in den letzten zwei Millionen Jahren.

Der menschliche Einfluss auf globale Gemeingüter wie die Atmosphäre muss gesteuert und reguliert werden, damit planetare Grenzen nicht überschritten und die Stabilität des Erdsystems nicht gefährdet wird. Auch die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Güter wie Ernährungssicherheit oder die Stabilität des Finanz- und Wirtschaftssystems hängt stark vom Funktionieren globaler Strukturen und Prozesse ab.

Die Vereinten Nationen und ihre vielen Sonderorganisationen, die internationalen Finanzinstitutionen, die Welthandelsorganisation und verschiedene zwischenstaatliche Netzwerke erfüllen schon jetzt viele Funktionen einer Weltregierung. Dieser Apparat ist jedoch ineffektiv,



Abstimmung in einer außerordentlichen Sitzung der UN-Generalversammlung am 21.12.2017 in New York. Sie ist bisher eine Versammlung von weisungsgebundenen, diplomatischen Beamten der Regierungen der UN-Mitgliedstaaten ohne eine direkte demokratische Legitimation durch Wahlen. Foto: (c) picture alliance/ZUMA Press

intransparent und undemokratisch. Die transnationale Elite übt einen unverhältnismäßig starken Einfluss aus.

Eine planetare Moderne

Der technologische, wirtschaftliche und soziale Fortschritt hat für viele Menschen einen in der Geschichte einmaligen Wohlstand ermöglicht. Zu einem großen Teil wurde er jedoch auf Kosten der restlichen Welt, des Ökosystems und zukünftiger Generationen verwirklicht. Als globales Modell führt die wachstumsorientierte Wegwerf- und Konsumgesellschaft in eine Sackgasse.

Eine zweite, planetare Moderne muss sich den Risiken und Folgen einer globalisierten Industriegesellschaft stellen und eine radikale Transformation bewerkstelligen. Die Herausforderung besteht darin, zu einer weltweiten Wirtschaftsform zu gelangen, die sich innerhalb der Grenzen des Erdsystems und im Rahmen der natürlichen Regenerationsfähigkeit der Erde bewegt und die gleichzeitig bestmöglichen Wohlstand für alle ermöglicht.

Das Projekt eines Weltparlaments ist der vielleicht wichtigste Schlüssel zur Realisierung einer demokratischen, solidarischen, nachhaltigen und pazifistischen Weltordnung. Der nationale Steuerungsverlust, der mit einer Aushöhlung der Demokratie einhergeht und populistische Kräfte nährt, soll durch den Aufbau einer Weltdemokratie ausgeglichen werden, die in wichtigen globalen Politikbereichen transparente und effektive Steuerung ermöglicht. Die Vermögenskonzentration beispielsweise hat uner-

trägliche Ausmaße angenommen. Die acht reichsten Milliardäre sollen Oxfam zufolge über mehr Vermögen verfügen, als die ärmste Hälfte der Menschheit. Auch die Kluft zwischen der Mittelklasse und der Elite wächst rasant. Rund acht Prozent des weltweiten Vermögens lagert Schätzungen zufolge in Steueroasen und wurde an den Finanzbehörden vorbeigeschleust. Die durchschnittlichen Unternehmenssteuersätze sinken seit Jahrzehnten. Ein globales Steuersystem, das diesen Trends entgegenwirkt, würde die auf nationalstaatlicher Ebene verloren gegangene Souveränität auf der globalen Ebene als Souveränität der Menschheit kollektiv wiederherstellen. Steuervermeidung durch die Superreichen und Konzerne ist ein massiver Angriff auf die Fähigkeit von Staaten, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Doch offenbar ist das Problem nicht in den Griff zu kriegen. Nach der Veröffentlichung der Panama Papers richtete das Europäische Parlament einen Untersuchungsausschuss ein, der sich mit dem Thema Steuervermeidung und Geldwäsche beschäftigt. Warum gibt es kein gewähltes Weltparlament, das dasselbe tut und demokratische Kontrolle im Namen der Weltbürger ausübt?

Die anarchische Völkerrechtsordnung

In der bestehenden völkerrechtlichen Ordnung gibt es keine Instanz, die ein übergeordnetes Menschheitsinteresse vertritt. Gemeinhin wird angenommen, die Vereinten Nationen seien die Institution, wo dies geschehe. Die

UN ist jedoch nur so stark und unabhängig, wie es ihre Mitgliedsstaaten erlauben. Sie achten sorgsam darauf, dass sich die Weltorganisation nicht zu sehr von ihnen emanzipiert.

In zwischenstaatlichen Organisationen und Verhandlungen sind meist allein die Staaten und ihre Regierungen vertreten. Sie setzen sich dort für ihre Eigeninteressen ein und werden dabei instrumentalisiert. Im Gegensatz zu Parlamenten und der Öffentlichkeit haben Interessenvertreter der transnationalen Elite häufig direkten Zugang. In Verhandlungen gilt meist das Konsensprinzip, so dass viele Kompromisse eingegangen werden müssen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Man einigt sich am besten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Das völkerrechtliche System wird dadurch dysfunktional. Damit ein zwischenstaatlicher Vertrag von der Reichweite her effektiv ist, braucht er meist eine möglichst große Anzahl von Staaten, die sich ihm anschließen. Doch um das zu erreichen, müssen in den umso langwierigeren Vertragsverhandlungen umso mehr Kompromisse im Hinblick auf die Substanz eines Abkommens eingegangen werden.

Das ist einer der Gründe, warum die sogenannten national festgelegten Beiträge zur globalen Emissionsreduktion im Pariser Klimaabkommen unverbindlich sind. Experten bezweifeln, dass die freiwilligen Selbstverpflichtungen ausreichen werden, um die Klimaziele zu erreichen.

Die zwischenstaatliche Ordnung als anarchisch zu bezeichnen ist immer noch zutreffend. Dem Völkerrecht fehlen die Merkmale, die ein funktionierendes Rechtssystem ausmachen. Es gibt keine allgemeinverbindliche Festsetzung des Rechts durch Gesetzgebung, keine obligatorische Entscheidung von Streitfällen vor Gericht und auch keine Mittel zur Rechtsdurchsetzung.

Kosmopolitisches Weltrecht

Genau durch diese Merkmale muss Weltrecht charakterisiert sein. Während Völkerrecht in der Regel nur Staa-

Die UNPA-Kampagne wird bisher von über 1500 amtierenden und ehemaligen Parlamentsabgeordneten aus 122 Ländern unterstützt. Die amtierenden Abgeordneten repräsentieren geschätzte 119 Millionen Menschen weltweit. Unterstützt werden die Ziele des Weiteren von vielen tausend Einzelpersonen sowie namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kulturleben. Unter anderem der Philosoph und frühere Kulturstaatssekretär Julian Nida-Rümelin, die ehemalige Justizministerin der Bundesrepublik Deutschland Herta Däubler-Gmelin und die Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süssmuth unterstützen die Kampagne. Mit 123 amtierenden und ehemaligen Abgeordneten nimmt die Bundesrepublik Deutschland bisher einen Spitzenplatz bei der politisch repräsentativen Befürwortung ein.

ten auf freiwilliger Basis bindet und national umgesetzt werden muss, kann Weltrecht prinzipiell überall und für jeden unmittelbar gelten.

Weltrecht wird nicht nach dem Konsensprinzip durch zwischenstaatliche Verträge, sondern durch eine Weltlegislative geschaffen. Diese sollte aus zwei Kammern bestehen, einer Staatenversammlung und einem Weltparlament. Während erstere aus Repräsentanten der Regierungen besteht und dem völkerrechtlichen Prinzip „ein Staat, eine Stimme“ folgt, wird letzteres von der Weltbevölkerung demokratisch gewählt und orientiert sich an dem Prinzip „eine Person, eine Stimme“.

Für die Verabschiedung von Weltrecht sollte die Zustimmung beider Kammern erforderlich sein. Je nach Gegenstand sollten dabei unterschiedliche qualifizierte Mehrheiten erforderlich gemacht werden.

Die Abgeordneten des Weltparlaments würden sich in transnationalen Fraktionen organisieren und nicht aufgrund ihrer nationalstaatlichen Herkunft. Dies würde die Entwicklung globaler politischer Parteien und eine globale Sichtweise fördern.

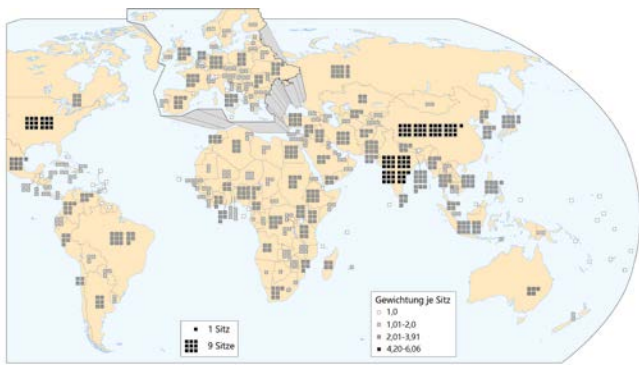
Weltrecht basiert auf primärem Weltverfassungsrecht und sekundären Rechtsakten. In einer Weltverfassung sind universelle Grund- und Menschenrechte zu verankern. Ob die Beschlüsse der Weltlegislative und das Handeln globaler Regierungsinstitutionen damit in Einklang stehen, muss vor einem Weltverfassungsgericht überprüfbar sein.

Die demokratische Transformation

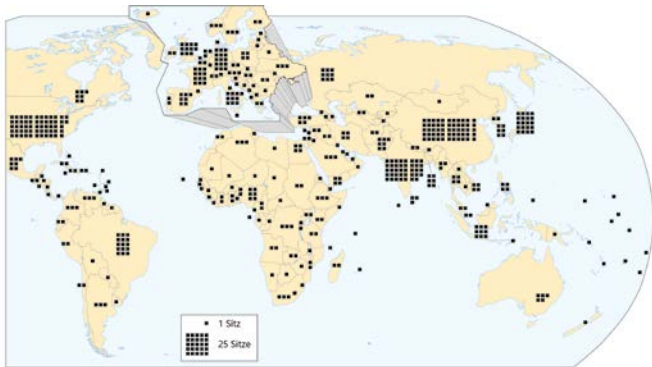
Eine Weltrechtsordnung mit einem Weltparlament wird natürlich nicht von heute auf morgen entstehen. Es ist jedoch wichtig, den Zielpunkt eines globalen Einigungsprozesses zu skizzieren und das Scheitern der zwischenstaatlichen Ordnung zu erkennen.

In der Geschichte der Demokratie kann von drei großen Transformationen gesprochen werden. Die erste begann um 500 v. Chr. und bestand aus der Wandlung der autokratischen Stadtstaaten Griechenlands in die ersten Gemeinwesen mit demokratischen Merkmalen. Im Zuge der zweiten Transformation setzte sich die Idee der repräsentativen Demokratie in verhältnismäßig großen Flächenstaaten durch. Revolutionär und beispielgebend war die am 17. September 1787 angenommene Bundesverfassung der USA.

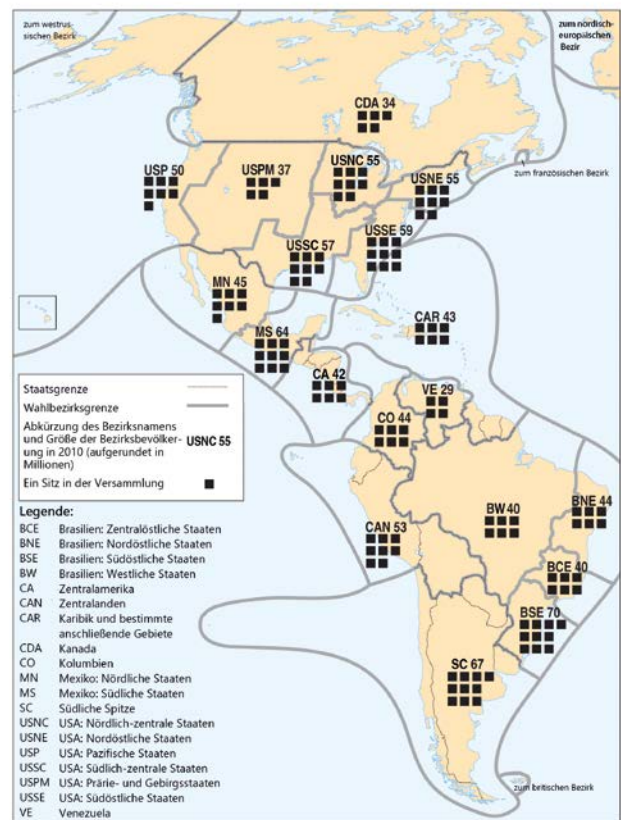
Dass demokratische Repräsentation in einem Territorialstaat funktionieren könnte, überstieg im 18. Jahrhundert die Vorstellungskraft vieler Menschen. Ebenso können sich heute bisher nur wenige eine Demokratie im globalen Maßstab vorstellen. Die Globalisierung der Demokratie ist aber genau die Zielrichtung der dritten Transformation, die sich bereits abspielt.



Vorgeschlagene Sitzverteilung und Gewichtung der Sitze in Phase 2 einer hypothetischen Welt-Parlamentarierversammlung, in der die Abgeordneten gewichtete Stimmen abgeben.



Vorgeschlagene Sitzverteilung in der ersten Phase einer hypothetischen Welt-Parlamentarierversammlung



Hypothetische Sitzverteilung für Amerika in der vorgeschlagenen Parlamentarierversammlung mit 1.000 Sitzen, aufgeteilt nach Wahlbezirken.

Die weltweite Ausbreitung der Demokratie und der mit ihr verbundenen bürgerlichen und politischen Rechte zählt zu den wichtigsten politischen Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts. Heute leben rund 56 Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie, vor hundert Jahren waren es nur 13 Prozent.

Im letzten Jahrzehnt ist die Sorge gewachsen, dass sich der Trend wieder umkehren könnte. Experten warnen davor, den Zusammenbruch demokratischer Systeme in den Industrieländern für unmöglich zu halten. Die Diskussion über den Zustand der Demokratie angesichts nationalistischer

und populistischer Bewegungen ist daher mehr als berechtigt. Dass autokratische Regime die Schraube andrehen, kann aber auch als ein Hinweis darauf gesehen werden, dass der Drang zur Demokratie zumindest in diesen Ländern immer stärker wird. Die aufstrebenden Mittelschichten verlangen nach stärkerer politischer Selbstbestimmung. In den Industrieländern dagegen haben die Mittelschichten von den Vorteilen der Globalisierung am wenigsten profitiert und stehen unter Abstiegsdruck. Der Erfolg nationaler Demokratie und der dritten demokratischen Transformation sind miteinander verknüpft.

Vor den Bundestagswahlen 2017 stellte der Humanistische Verband Deutschlands den Parteien die Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland aktiv und eigenständig für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen, wie bspw. durch die Stärkung der Partizipation der bestehenden Parlamente ihrer Mitgliedstaaten an den Prozessen der VN, sowie perspektivisch durch die Schaffung eines direkt gewählten Weltparlamentes, wirbt und entsprechende Initiativen unterstützt und fördert? (Die Reihenfolge der gekürzten Antworten bestimmt sich nach Eingangsdatum, zuerst eingegangene Antworten werden zuerst aufgeführt.)

DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen ein. Wir wollen den VN-Sicherheitsrat um Länder des Südens erweitern, statt weiterhin auf einen deutschen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu pochen. Die VN-Generalversammlung wollen wir gegenüber dem VN-Sicherheitsrat aufwerten und mit weitergehenden Rechten ausstatten. [...] Die sozial- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen der VN müssen gestärkt - und damit von selbstermächtigten Foren wie dem Weltwirtschaftsforum in Davos oder der G7 zurückgeholt werden. [...]

CDU/CSU

CDU und CSU begrüßen, dass der Deutsche Bundestag einen besonderen Unterausschuss „Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung“ eingesetzt hat. [...] Einer Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen stehen wir nach Klärung praktischer Fragen offen gegenüber. Die Schaffung eines direkt gewählten Weltparlamentes ist in absehbarer Zukunft wohl nicht realisierbar, weil noch in vielen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen keine freien, demokratischen Wahlen möglich sind.

Einheit	% der Weltbevölkerung	% des Welt-BSP	A		Modelle B		C	
			Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%
China	19,9	6,4	85	10,7	37	4,6	48	6,0
Deutschland	1,22	6,1	7	0,88	9	1,11	22	2,75
EU-Mitglieder	7,3	31,2	85	10,7	100	12,4	149	18,6
G-20-Mitglieder (ohne EU)	62,2	77,6	299	37,7	231	28,6	335	41,9
Indien	17,3	2,1	74	9,3	34	4,2	39	4,9
USA	4,6	24,8	21	2,6	18	2,2	57	7,1
Wahldemokratien*	51,9	83,8	443	55,8	449	55,5	528	66,0
Welt	100	100	794	100	809	100	800	100

Selbst wenn alle Länder der Welt auf der nationalstaatlichen Ebene einwandfreie Demokratien wären, würde das nichts am Kontrollverlust durch globale Verflechtungen und am undemokratischen Charakter des Weltsystems ändern. Andererseits ist die weitere Ausbreitung nationalstaatlicher Demokratie als Fundament einer Weltdemokratie unumgänglich.

Die demokratische Transformation wird von langfristigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen vorangetrieben, die mit der globalen Industrialisierung und Postindustrialisierung einhergehen. Anhaltender Wohlstand und ein steigendes Bildungsniveau fördern einen emanzipativen Wertewandel und eine Hinwendung zu postmaterialistischen Werten. Die zunehmende Erfahrung der globalen Vernetzung und zunehmendes Wissen um den Einfluss des Menschen auf den Planeten fördern eine planetare Sichtweise. Globale Solidarität, Vertrauen und Empathie sind auf dem Weg zu einem Weltrechtssystem wichtige Voraussetzungen. Dazu braucht es auch globale Institutionen, die bürgernah und vertrauenswürdig sind. Sicher gibt

es antimoderne, gegenaufklärerische und nationalistische Kräfte, doch in internationalen Umfragen haben weltbürgerliche Haltungen regelmäßig stabile Mehrheiten.

Bei einer im Mai veröffentlichten Umfrage im Auftrag der *Global Challenges Foundation* in Australien, Brasilien, China, Deutschland, Großbritannien, Indien, Südafrika und den USA beispielsweise bejahten im Schnitt 71 Prozent, dass im Hinblick auf globale Risiken eine „neue supranationale Organisation“ geschaffen werden solle, um „verbindliche globale Entscheidungen“ zu treffen. Durchschnittlich 75 Prozent stimmten außerdem zu, dass sie sich als Weltbürger verstehen.

Die Hindernisse liegen weniger bei den Bevölkerungen, sondern bei nationalen Regierungen und den transnationalen Eliten.

In der Europäischen Union und anderen regionalen Integrationsprozessen wird bereits ein weiteres Stockwerk im Staatsbildungsprozess sichtbar. Die Erfahrungen in der EU, die am weitesten vorangeschritten ist, sind für die globale Ebene sehr lehrreich.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN sind derzeit aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Eine weitere Demokratisierung ist daher von besonderer Bedeutung. Wir fordern daher etwa eine intensivere Einbindung der nationalen Parlamente in die Entscheidungsprozesse der VN. [...] Wir wollen die Vereinten Nationen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken.

SPD

Die existenziellen Probleme der Menschheit können nur gemeinsam gelöst werden. Dazu brauchen wir starke und handlungsfähige Vereinte Nationen. Wir treten dafür ein, die Vereinten Nationen auszubauen als oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Um die Legitimation der Vereinten Nationen zu erhöhen, müssen ihre Institutionen reformiert und demokratisiert werden, auch um eine Stärkung der Effizienz und Transparenz zu befördern. [...] Die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen könnte möglicherweise die demokratische Legitimation der VN erhöhen.

FDP

Die Vereinten Nationen sind eine zwischenstaatliche Organisation, in der jeder Mitgliedsstaat über die VN-Generalversammlung mit gleichem Stimmrecht vertreten ist. Es ist zwar grundsätzlich erstrebenswert, die Transparenz aber auch die Effizienz bei der Vereinten Nationen zu verbessern, die direkte Wahl eines VN-Parlamentes wäre hierzu jedoch kein praktikables Mittel. [...]

In atemberaubendem Tempo schreitet die Verflechtung der Welt voran. Die globalen Herausforderungen unserer Zeit überfordern die Nationalstaaten. Die Menschheit befindet sich in einer entscheidenden Phase – nach der Entstehung der Demokratie in den antiken Stadtstaaten Griechenlands und ihrer Ausweitung auf die modernen Territorialstaaten im 18. Jahrhundert steht nun der nächste Schritt bevor: eine demokratische Weltrevolution und ein Parlament der Menschheit.

Denn die politische Entwicklung der Menschheit ist nicht vorbei. Für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Weltzivilisation ist ein evolutionärer Sprung zu einer föderalen Weltrepublik erforderlich. Im Mittelpunkt dieses Projekts steht der Aufbau eines demokratischen Weltparlaments. Vor dem Hintergrund der Problematik der Moderne will dieses Buch die Geschichte, Relevanz und Umsetzung einer kosmopolitischen Idee beleuchten, die aktueller nicht sein könnte.



Jo Leinen/Andreas Bummel
**Das demokratische Weltparlament –
 Eine kosmopolitische Vision**
 Dietz Verlag, Berlin 2017
 464 S., Taschenbuch, 26 €

Schon im Manifest von Ventotene aus dem Jahr 1941, in dem das Ziel und Ideal eines europäischen Bundesstaates formuliert wurde, galt eine europäische Föderation als Zwischenschritt zur weltweiten Einigung.

Eine parlamentarische Versammlung bei der UNO

Ein erster Schritt wäre schon jetzt möglich, wenn genügend politischer Wille bestünde: die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen (*United Nations Parliamentary Assembly*, UNPA). Der Vorschlag ist inspiriert von der Entwicklung des Europäischen Parlaments. Die Rechte und Funktionen des EP wurden in einem jahrzehntelangen Prozess nach und nach fortentwickelt. Nach dem Lissabonner Vertrag von 2009 sind das EP und der Rat der Europäischen Union im Gesetzgebungsverfahren heute auf den meisten Politikfeldern gleichberechtigt. Bis zur Einführung von Direktwahlen im Jahr 1979 war das EP aus Mitgliedern der nationalen Parlamente zusammengesetzt.

Eine UNPA soll demnach in einem ersten Schritt als beratendes Gremium der UNO eingerichtet werden. Dies könnte durch einen Beschluss der UN-Generalversammlung ohne eine Änderung der UN-Charta und ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates erfolgen. Den teilnehmenden Ländern soll dabei zunächst selbst zur Entscheidung gestellt werden, ob sie ihre Delegierten aus dem nationalen Parlament entsenden oder direkt wählen lassen. Nach

dem Vorbild des EP wäre die Sitzverteilung an der Bevölkerungsgröße orientiert, aber gestaffelt. Kleine Länder bekämen mehr Abgeordnete pro Kopf als große.

Für eine UNPA gäbe es viel zu tun. Wer zum Beispiel wäre in einer besseren Position als die Vertreter der Weltbürger, um die Fortschritte bei den neuen Zielen zur nachhaltigen Entwicklung zu bewerten? Eine UNPA sollte ihren eigenen Menschenrechtsausschuss einrichten. Sie sollte Druck auf Regierungen ausüben, um bei Abrüstungsfragen voranzukommen. Sie könnte den Fortschritt beim Kampf gegen den Klimawandel überwachen. Mit der Zeit sollte eine UNPA Informations-, Beteiligungs- und Kontrollrechte gegenüber allen relevanten globalen Regierungsinstitutionen erhalten.

Parallel zum Voranschreiten nationalstaatlicher Demokratisierung und der Einführung von Direktwahlen könnten die Kompetenzen der UNPA nach und nach ausgeweitet werden. Eines Tages, wenn es zu einer Revision der UN-Charta kommt, könnte sie im Rahmen einer Weltrechtsordnung zu einem Weltparlament ausgebaut werden.

Befürworter einer UNPA sind der Überzeugung, dass die Versammlung selbst ein wichtiger Motor für eine Weiterentwicklung des internationalen Systems sein würde, ähnlich wie das EP die europäische Einigung bei kritischen Momenten vorangebracht hat.

Die Kampagne für eine UNPA wird von einem breiten Spektrum von Persönlichkeiten und Institutionen aus mehr als 150 Ländern unterstützt, darunter mehr als 1.500 amtierende und ehemalige Parlamentarier, zehn Nobelpreisträger, über 300 Professoren und zahlreiche ehemalige UN-Beamte. Das Europäische Parlament, das Lateinamerikanische Parlament und das Panafrikanische Parlament haben sich hinter den Vorschlag gestellt.

Ein wichtiger Fürsprecher war der ehemalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, der im vergangenen Jahr verstarb. Seine Botschaft ist aktueller denn je: „Wir müssen die Demokratisierung der Globalisierung voranbringen, bevor die Globalisierung die Grundlagen nationaler und internationaler Demokratie zerstört. Die Etablierung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen ist ein unverzichtbarer Schritt geworden, um eine demokratische Kontrolle der Globalisierung zu erreichen.“



Andreas Bummel ist Mitgründer und Geschäftsführer von *Democracy Without Borders* und leitet die internationale Kampagne für eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen.